DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 9/10 '87

Zum Ausgang der Wahl

Zum Ausgang der Bürgerschaftswahlen in Bremen und der Wahlen zum Stadtparlament in Bremen und in Bremerhaven erklärte Helmut Stein im Namen des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten:

Die VVN-Bund der Antifaschisten nimmt mit äußerster Besorgnis zur Kenntnis, daß die neofaschistische "Deutsche Volksunion-Liste D" am 13. September in Bremen einen gefährlichen Erfolg verbuchen konnte. Die von der NPD unterstützte und unter bestimmendem Einfluß des Herausgebers der neofaschistischen "Nationalzeitung", Gerhard Frey, stehende Liste erreichte bei den Bürgerschaftswahlen 3,4 %. Im Wahlbereich Bremerhaven konnte die Naziliste sogar 5,4 % der Stimmen für sich gewinnen und wird im Bremerhavener Stadtparlament mit drei Abgeordneten vertreten sein. Aufgrund des Bremer Wahlgesetztes folgt aus dem Wahlergebnis in Bremerhaven ein Mandat für die List D im Bremer Landtag, der Bürgerschaft.

Die neue Nazipartei "DVU-Liste D" betreibt heute eine gleichartige Politik wie die NSDAP vor 1933, sie hat alle Elemente und Funktionen faschistischer Politik - genau wie ihre Urheber NPD und DVU - teils offen und teils verdeckt in ihrem Programm. Sie propagiert die Nazitheorie der "Volksgemeinschaft", den Rassismus, den Militarismus und ein neues Großdeutschland.

Der Wahlerfolg der Liste D markiert eine neue Etappe in derEntwicklung der neofaschistischen Gefahr. Der Neofaschismus kann sich - abgesehen von einzelnen NPD-Mandaten in kleineren Städten - zum ersten Mal seit Ende der sechziger Jahre als "wählbare Alternative" darstellen. Von diesem Erfolg kann - wenn nicht verstärkte Gegenwehr das verhindert - eine gefährliche Sogwirkung ausgehen.

Das Wahlergebnis zeigt deutlich, daß durch politische Angebote an den rechten Rand des Wählerspektrums - ob diese Angebote nun von den Unionsparteien oder einer Formation wie den "Republikanern" kommen - letztlich allein die offen neofaschistischen Gruppen begünstigt werden. Durch rechtskonservative Argumentationsmuster bestärkt, entscheidet sich der Rechtswähler schließlich für die am wenigsten verhüllte rassistische, nationalistische Demagogie, für die offen neofaschistisch auftretende Partei. Dazu kam, daß von der Liste D insofern eine besondere Sogwirkung ausging, als sie als das Bündnis bisher zerstrittener Gruppierungen Stimmen auf sich zog, die bislang von den Sympathisanten des Neofaschismus an die CDU vergeben wurden, damit sie nicht an Splittergruppen verlorengingen.

Das Wahlergebnis erteilt den Konservativen eine Lektion, auch wenn nicht zu erwähnen ist, daß sie dies erkennen: mit dem Propagieren antikommunistischer Feindbilder, mit ausländerfeindlicher Agitation und Politik, mit Hetze gegen das Recht der Frau auf Selbstbestimmung, mit der Verfolgung von sexuellen Minderheiten und/oder HIV-Infizierten begünstigt man die neofaschistische Herausforderung, und zwar auch dann, wenn man - sei es bloß verbal, sei es wirklich gemeint - gegen das Vordringen der Neonazis eintritt. Dem Neofaschismus muß mit einer klaren antifaschistischen Politik entgegengetreten werden.
Es ist davon auszugehen, daß ohne die antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit, ohne die entschiedene Stellungnahme von Bremer Antifaschisten in SPD, DKP, aus den Gewerkschaften, bei den Grünen, in den Kirchen und im Kulturbereich, daß ohne die Arbeit der VVN-BdA die Wahlergebnisse für die Neofaschisten noch höher ausgefallen wären. Sie alle haben sich

gegen den aufwendigen Wahlkampf der Neofaschisten gestellt. Dieses übereinstimmende und in weiten Bereichen gemeinsame Handeln in der Tradition des antifaschistischen Widerstandes hat sich offenbar als wirksamer Faktor gegen noch mehr Stimmen für die Neonazis erwiesen. Dieses gemeinsam Handeln konnte weithin Sensibilität gegen den Neofaschismus entwickeln.

In den letzten Monaten hat das neofaschistische Lager insgesamt sozusagen getestet, welche Formation bei den potentiellen Wählern am besten ankommt: die "Republikaner", die NPD "pur" oder die von der NPD und dem Spektrum um die "National-zeitung" und die "Deutsche Wochenzeitung" bzw. die DVU und die anderen zahlreichen neofaschistischen Gruppen Freys gleichermaßen unterstützte "DVU-Liste D". Weiter war und ist - wenn auch aus taktischen Gründen etwas außerhalb der "Versuchsanordnung". - die neofaschistische Terroristenbande FAP an der Testreihe beteiligt. Das Bremer Wahlergebnis kann als Zwischenergebnis in dieser Testreihe betrachtet werden. Weitere Zwischenergebnisse werden die Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg im Herbst bringen, zu denen in Tuttlingen der NPD-Vorsitzende Mußgnug und in Schwenningen der stellvertretende Parteivorsitzende und Landesvorsitzende Schützinger kandidieren. Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse werden in der neofaschistischen Szene insgesamt die Entscheidungen darüber fallen, in welcher Formation bzw. in welchen Formationen der Neofaschismus künftig in der Bundesrepublik auftreten wird. Anders ausgedrückt: der Neofaschismus ist entgegen allen Verharmlosungsversuchen des Innenministers Zimmerman eine beachtliche und gegenwärtige Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik.

Wir Antifaschisten bekräftigen unsere Forderung nach einem Verbot aller neofaschistischen Formationen, nach einer wirksamen Unterbindung jeglicher neofaschistischen Agitation und Aktion.

Alle Antifaschisten in der Bundesrepublik müssen gemeinsam dafür wirken, daß ein politisches Klima entsteht, in dem der Neofaschismus isoliert und entschieden abgelehnt wird.

Das Bündnis "Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus" schlägt vor, in einigen Wochen einen sog. "antifaschistischen Ratschlag" durchzuführen.

MACHT DIE BÜRGERSCHAFT ZU FÜR DIE DVU

Diese Forderung erhoben ca. 2000 Antifaschisten/innen am Abend des Wahltages auf dem Bremer Marktplatz während einer von der DKP spontan initiierten Kundgebung.

Nachdem das Wahlergebnis der neofaschistischen DVU-Liste D bekannt geworden war, entschloß sich die DKP, auf die Straße zu gehen, um dort ihrer Empörung und Wut "Luft zu machen" und die Forderung nach "Auflösung aller neofaschistischen Organisationen" öffentlich zu erheben.

Nach einer kurzen Beratung waren "Die Grünen" bereit, ihre Wahlfete im "Modernen" zu unterbrechen und sich mit der DKP, SPD, Jusos, VVN/BdA und vielen anderen, schnell Informierten zu einer Kundgebung zu treffen.

Als die Teilnehmer/innen mit ihren Plakaten "Nazis raus" auf dem Marktplatz eintrafen, wurden sie von den dort Anwesenden mit Applaus empfangen. Der Marktplatz füllte sich - trotz später Stunde - sehr schnell mit empörten Antifaschisten/innen. Kurze Stellungnahmen von Vertretern der DKP, Grünen und SPD zeigten, daß über das Wahlergebnis der DVU in allen Parteien Betroffenheit herrscht, aber auch die Bereitschaft vorhanden ist, die vor den Wahlen entstandenen antifaschistischen Bündnisse auszubauen und gemeinsam gegen die DVU vorzugehen.

Widerspruch löste bei den Teilnehmern allerdings die Aussage Herbert Brückners hervor, die SPD will sich überlegen, wie die DVU noch während der kommenden Legislaturperiode aus der Bürgerschaft abgedrängt werden kann und daß sie vorhat, durch einen

bundesweiten Antrag die DVU verbieten zu lassen. Warum, fragten die meisten Teilnehmer sich, habe die SPD dies nicht mehrheitlich v o r der Wahl gemacht?

Ralf Fücks von den Grünen forderte den Bremer Senat auf, den arbeitslosen Jugendlichen mit ihrer Sparpolitik im sozialen Bereich (z.B. Schließung der Jugendfreizeitheime) nicht den letzten Halt wegzunehmen. Mehr Finanzmittel für eine demokratische und antifaschistische Jugendarbeit sind, seiner Meinung nach, jetzt mehr als je notwendig.

Rainer Moitz (DKP) wies, als Vertreter des Bündnisses "Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus", darauf hin, daß die DVU nicht nur verboten gehöre, sondern daß ihr millionenschwerer Wahlkmapf im Nachhinein icht noch durch Wahlkostenerstattung aus Steuergeldern finanziert werden soll.

Während des im Anschluß an der Kundgebung stattfindenden Demonstrationszuges durch das Ostertor und Bahnhofsviertel erhob VVN-Landessekretär Volker Homburg nochmals die Forderung nach Umbenennung des Platzes vor dem Finanzamt in "Lidice-Platz". Vor inzwischen mehr als 25oo Teilnehmern wies er auf die Stärkung der schon bestehenden Stadtteil-Initiativen gegen Neofaschismus hin, damit die Parole "Macht die Bürgerschaft zu für die DVU" bald Wirklichkeit werden kann.

Bettina Zockoll

PS: Die örtliche Presse erwähnte diese spontane Kundgebung, die doch Mut für zukünftige Zusammenarbeit aller bremer Antifaschisten macht, nur mit einem Beisatz zu einem anderen Artikel.

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes fanden sich am Sonntag, den 6. September, um lo Uhr in der Ehrenanlage auf dem Osterholzer Friedhof dem Antifaschismus verbundene Frauen und Männer ein. Sie waren erschienen, um die Opfer des Faschismus und des Krieges zu ehren und der Grundsteinlegung vor 4o Jahren durch Wilhelm Kaisen zu gedenken. Die Verbrechen des Naziregimes wurden dadurch deutlich gemacht, daß das Gedenken in drei Ehrenanlagen stattfand.

Nach der Niederlegung der Kränze eröffnete Volker Homburg, Landessekretär der VVN-BdA, mit der Bekanntgabe der Daten für diese Anlage sowie des Ablaufs der genannten Veranstaltung.

Mit antifaschistischen Liedern aus sechs Jahrzehnten - von 1926 bis in die Neuzeit - leitete die Gruppe Argus die Veranstaltung in der Ehrenanlage ein, in der Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene im Massengrab und deutsche Soldaten in Einzelgräbern beigesetzt sind. Die Gruppe Argus trug, entsprechend ihrer Herkunft, die Lieder in deutscher, spanischer, italienischer und russischer Sprache vor.

Der Präsident der Bürgerschaft

Dr. Dieter Klink

als 1. Sprecher zitierte aus der Mitteilung von 1946 an die Bremische Bürgerschaft:

"Ein Erbe der nationalsozialistischen Zeit in Bremen sind viele Tausende Tode. Vorzeitig wurde ihr Leben beendet. Bomben und Hunger, Kriegshandlungen und Konzentrationslager wirkten gleichermaßen vernichtend. Wie groß die Zahl der Opfer ist, kann nicht einwandfrei festgestellt werden. Sie geht in die Tausende. Angehörige fast aller europäischen Völker sind darunter, meistens im besten Mannesalter stehend, vielfach aber auch kaum der Kindheit entwachsen. Größtenteils wurden die Toten einfach in Massengräbern im Sande verscharrt. Es ist die Ehrenpflicht des Staates. diesen Toten würdige Ruhestätten herzurichten und sie hierhier umzubetten."

Dr. Klink führte u.a. aus:

"Unser Parlament handelte entsprechend. So konnte Bürgermeister Wilhelm Kaisen vor nunmehr 4o Jahren in einem Staatsakt den Grundstein dieser Ehrenstätte legen. Wir, die wir uns heute hier versammelt haben, stehen in neuer Sorge. Wir sind

betroffen und bestürzt darüber, daß auch in unserer Stadt - 4o Jahre später - wieder nationalistische Töne vermehrt zu vernehmen sind. Die Lektion der dunkelsten Zeit unserer jüngsten Geschichte soll offenbar beiseitegeschoben werden. ...

Erinnern wir uns: Am Anfang stehen Intoleranz, nationale Überheblichkeit, Feindseligkeit gegen alles Fremde. Ausländerhetze, Diskriminierung von Minderheiten. Alles dies nistet sich in den Köpfen einzelner ein, um sich dann ölfleckartig auszubreiten. ...

Seit vier Jahrzehnten haben wir uns vorgenommen, diesen völkischen Ungeist nicht wieder zuzulassen. Und wo stehen wir heute schon wieder!

Was not tut, ist die konsequente, beharrliche, breite gemeinsame geistige Auseinandersetzung mit den Parolen der Volksverführer, so lange, bis diese keinen Zulauf mehr finden.
Unsere Erfahrung lehrt uns, wir müssen den Anfängen rechtzeitig wehren. ...

Senator Hans-Werner Franke
betonte die Notwendigkeit, schon frühzeitig, d.h. schon in der Schule, die Probleme zu behandeln, wie Faschismus entsteht, wie Faschismus an der Macht handelt, wie man Faschismus - den man bei uns Nationalsozialismus nennt - erfolgreich bekämpft. Er betonte aber auch die Notwendigkeit des gemeinsamen Aufklärens und Handelns aller Demokraten.

Dann sprach der Kollege
Heinz Möller,
Vorsitzender des DGB Kreises Bremen. Wir zitieren einige Passagen aus seinem Beitrag:

"Als ich 1985 ... das erste Mal die Ehre hatte, an dieser Stätte einige Worte zu sprechen, war dies für mich eine tiefgehende persönliche Erfahrung. Natürlich hatte ich mich als Vertreter einer Generation, die im letzten Kriegsjahr geboren wurde, mit den Greueltaten des Faschismus befaßt und auseinandergesetzt. Und natürlich habe ich wie viele Andere dieser Generation Fragen zu dem Unfaßbaren gestellt und wenig Antworten bekommen. Und natürlich war eine große persönliche Betroffenheit vorhanden. Aber an dieser Stätte, angesichts der Gräber der Opfer aus fast allen europäischen Ländern ... der Toten zu gedenken und sie zu ehren, heißt, zu mahnen und aktiv dafür einzutreten, daß sich diese Greueltaten nicht wiederholen können.

Gerade wir Deutschen haben die Verpflichtung, uns aktiv für den Frieden in der Welt einzusetzen. Frieden bedeutet aber nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Frieden heißt auch die Freiheit Aller und die Achtung der Menschenrechte. ...

Der Kollege erinnerte an verdummende Schriften und Plakate der Nazis, an die Überfälle auf Bremer sowie an das unmögliche Urteil im Privenau-Prozeß.

" Sehr ermutigend ist deshalb die Bereitschaft der Jugend und der Arbeitnehmerschaft, sich zu engagieren, sich einzusetzen. Ich denke hier an die DGB Jugend und viele betriebliche Arbeitskreise und Initiativen.

Gerade weil wir Deutschen erfahren haben, was es bedeutet, in einer faschistischen Diktatur zu leben, wissen wir, welch hohes Gut die Demokratie ist. Und wir wissen, daß es zu Abrüstung und Frieden keine Alternative gibt.

Dafür einzutreten, dazu verpflichten wir uns an dieser Stätte."

Willy Hundertmark
1. Vorsitzender der VVN-BdA erinnerte einleitend an den Einsatz der Antifaschisten für die in Bremen Ermordeten, um dann auszuführen:

"... Vernichtung durch Arbeit, diese Idee kann nur in einem Hirn entstehen, in dem jede Achtung vor den Menschen fehlt. Das ist der gewöhnliche Kapitalismus, dem die Arbeiterbewegung jeden sozialen Fortschritt abringen muß. Das ist der gewöhnliche Kapitalismus, der zur Erzielung von Höchstprofit - kalt - neun Monate Lebensdauer für die gekauften Arbeitskräfte einkalkuliert.
Liebe Freunde, wenn mir in diesem Wahlkampf die Losung der Neonaziparteien aus deren Wahlmaterialien entgegenschreit: ´Frischer Wind ins Parlament!´, dann erinnere ich mich an die Jahre vor 1933. Heute geht es gegen den ´rotgrünen´ Filz wie damals gegen den ´schwarzroten´. Der sogenannte frische Wind sperrte erst die Kommunisten, dann die Sozialdemokraten aus dem Parlament - der Rest wurde gleichgeschaltet. Damit hatte der frische Wind der Altnazis das Parlament zu einem Befehlsempfängerhaus degradiert. Das wollen die Neonazis auch. Und da tönen die Neonazis: ´Deut-

sche wählt Deutsch!´ Den Neonazis ist wirklich nichts Neues eingefallen. Wer bestimmt denn, wer Deutscher ist - die Neo- wie damals die Altnazis? Waren die Sozialdemokraten und die Kommunisten keine Deutschen, die in die KZ und Zuchthäuser eingesperrt und ermordet wurden? Waren die 12oo bremer jüdischen Kinder, Frauen und Männer keine Deutschen, die mit und ohne israelitischem Glauben nach Auschwitz, Treblinka und anderen Vernichtungslager verschleppt wurden? Es gab damals schon zwei verschiedene Gruppen Deutsche.

Heute haben wir die rechtlichen Möglichkeiten, das Agieren der Neonazis zu unterbinden. Ich bin nicht der herrschenden Meinung, diese Parteien müsse das BVG verbieten. Für mich ist der Artikel 139 des GG nach wie vor das Befreiungsgesetz... .

... Sorgen wir dafür, daß die antifaschistische Meinung die herrschende wird, setzen wir alle Kraft für eine antifaschistische Bundesrepublik ein! Entwickeln wir eine neue Kultur des Dialogs für eine friedliche Zukunft! Im Gedenken an die hier beigesetzten Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen, aber auch im Gedenken an die hier ruhenden deutschen Soldaten, entwickeln wir ein neues Denken für ein neues Handeln!..."

Albert Müller

Landesbeauftragter für die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, erinnerte an seine Erlebnisse als Soldat, insbesondere in den letzten Tagen des Krieges. In eindringlichen Worten schilderte er seine Erfahrungen aus den 12 Jahren Faschismus und Krieg und appellierte, heute der Demagogie der Alt- und Neonazis in Wort und Schrift einheitlich entgegenzutreten.

- - - -

Dann begab sich ein Teil der Frauen und Männer zur

Ehrenanlage für die Bombenopfer.

Volker Homburg wies darauf hin, daß nach dem Angriff der Alliierten vom 18. zum 19. August 1944 die Bremerinnen und Bremer nur noch in Massengräbern - wie hier - beigesetzt wurden.

Nach der Niederlegung eines Kranzes und einem kurzen Gedenken bewegten sich die Teilnehmer zum

Ehrenfeld ausländischer Toter.

Hier trug die chilenische Gruppe "Andariegos" antifaschistisches und volkstümliches Liedgut vor.

Hier ergriff ein CSSR Bürger das Wort. Als ehemaliger Häftling im KZ Dachau erinnerte er an die internationale Solidarität im KZ. Besonders die Hilfe deutscher Kommunisten, die ja schon Erfahrung hatten, war für das Überleben der ausländischen Kameraden wichtig. Diese Solidarität gelte es zu bewahren um den Krieg zu besiegen und den Frieden zu gewinnen.

Für Die Grünen bekundete Frau Bernbacher ihre Bereitschaft, sich angesichts der hier dokumentierten Verbrechen des Naziregimes für Völkerverständigung und Frieden einzusetzen. Als Tochter einer SPD-Familie, die in der Tradition August Bebels stand, fühlte sie sich besonders verpflichtet.

Für die DKP ergriff die junge Türkin Aiysche das Wort. Diese Partei dokumentierte damit nicht nur ihre Solidarität mit den hier beigesetzten ausländischen Toten, sondern mit den hier lebenden Kolleginnen und Kollegen.

Für die Lidice Initiative ergriff Pastor Dr. Ernst Uhl das Wort. Er sprach davon, wie die Initiative vertrauensbildende Zusammenarbeit sowohl mit den Frauen und Kindern, die den faschistischen Terror überlebten, als auch mit der Jugend von heute praktiziert. Gerade wir Deutschen müßten auf die Menschen zugehen. Um den Frieden zu gewinnen, sollte alles Trennende beiseite gestellt werden. Gemeinsam sollten wir denken und handeln - so werden wir das Leben bewahren.

Dr. Ernst Uhl setzte den optimistischen Schlußpunkt hinter eine eindrucksvolle Gedenkveranstaltung in den drei Ehrenanlagen.

Anm.: Leider standen dem Berichter nur die drei Beiträge schriftlich zur Verfügung, aus denen wörtlich zitiert wurde.

Termine

Bremen

Gruppe Ost:

28.10.,19.30 Uhr MV, Weserterrassen

Gruppe West und Süd:

19.10.,20.00 Uhr MV,BM.Deichmannstr.26

Bremen Nord:

14.10.,20.00 Uhr MV Gustav - Heinemann Bürgerhaus



Wir gratulieren ganz herzlich unseren Kameradinnen und Kameraden, die im Oktober Geburtstag haben :

2.10.	Johann Niedernhöfer	74 Jahre
6.10.	Anneliese Müller	66 Jahre
6.10.	Johann Hinte	89 Jahre
18.10.	Helmut Peters	64 Jahre
31.10.	Heinrich Hannover	62 Jahre

Der Singekreis trifft sich :

Immer um 19 Uhr, am 8. und 22. Oktober und am 5. und 19. November im Büro der VVN - BdA

Heimatfunk - Hansawelle

Unter dem Titel veröffentlicht Radio Bremen laufend Lebensläufe von Arbeiterfunktionären.
Die nächste Sendung am 10. Oktober 20.55 Uhr wird unter dem Thema : DIE VERGANGENHEIT IST NICHT TOT,(Henning Harmsen mit Willy Hundertmark) gesendet.

Gedenk - und Protestveranstaltung für vergessene NS - Opfer: Homosexuelle

24.10., Ort bitte der Tagespresse entnehmen. Gedacht werden soll der Anweisung Heinrich Himmlers vom 24.10.1935 an Polizei und Gestapo, homosexuelle Männer und Frauen stärker zu erfassen.

GESELLSCHAFT IM UMBRUCH - DIE ZUKUNFT DER ARBEIT UND DER ARBEITERBEWEGUNG

Der Frankfurter Soziologe André Leisewitz spricht am 15.10., 1930 Uhr, DGB - Haus , zum Thema "Computerwelt - Neue Techniken und neue Arbeitsorganisationen. Wie verändert sich die Arbeit ?"
Der MBB-Betriebsrat Johann Dahnken wird die Ausführungen mit den Erfahrungen aus einem Hochtechnologie - Betrieb ergänzen.

WEGE ZUR GESCHICHTE

2. Bremer Geschichtstage vom 16.-28.Oktober 1987

6.10.
Eröffnungsfest der Geschichtstage, 20.00Uhr Weserterrassen

18.10.
An diesem Tag finden mehrere Stadtteilrundgänge statt,deren Beginn und Treffpunkt ihr bitte dem Flugblatt entnehmt.

20.10.
Die Forschungs- und Bildungsstätte zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Lande Bremen stellt sich vor,20.00Uhr, Schule am Alten Postweg, Alter Postweg 302.

22.10.
Wie kann ein Museum der Arbeit und des Alltags aussehen?
Josef Weidenholzer (Linz) berichtet über das "Museum.." in Steyr,anschl. Diskussion mit Vertretern des DGB und des Senators für Bildung Wissenschaft und Kunst.
19.30Uhr, Villa Ichon, Goethepl.4

26.10.
Vom Umgang mit der braunen Vergangenheit- Zur Geschichte der Vergangenheitsbewältigung in der BRD
Podiumsdiskussion mit R. Kühnl(Marburg), Michael Schneider (Wiesbaden)....,19.30 Uhr, DGB-Haus

28.10.
Die Historikerdebatte : Ein neuer Geschichtsrevisionismus ?
Podiumsdiskussion mit H. Gerstenberger (Bremen), Kurt Pätzold (DDR); G. Fülberth (Marburg)....
19.30 Uhr, DGB Haus.

30.10.
Identität durch Geschichte ?
Die politische Bedeutung der Geschichtsdebatte.
Podiumsdiskussion mit Helga Grebing (Göttingen), Dieter Fricke(Jena).
19.30Uhr, Kunsthalle,Vortragssaal.

Unser Kamerad

Josef (Sepp.) Handl

wurde am 29. August´87 in aller Stille beigesetzt. Wie er gelebt, so ist er von uns gegangen. Ohne viel Aufsehen zu erregen, so hat er von frühester Jugend an seine Arbeit in der freien Gewerkschaft geleistet. Als Mitglied der KPD-Widerstandsgruppe der BWK in Blumenthal wurde er 1935 zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Befreiung von Faschismus und Krieg widmete er als Mitglied des Landesvorstandes der VVN seine Kraft, aus dem er 1983 aus Gesundheitsgrünen ausschied.